

Angriff auf den Sozialstaat - Rentnerinnen und Rentner im Abseits

Referat von Michael Quetting auf der Ordentliche Bezirksseniorenkonferenz des
Bezirks Region Saar Trier in Kirkel, 18. Mai 2026

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Im April veröffentlichte der Paritätische Gesamtverband ein brisantes Arbeitspapier, das Bund, Länder und kommunale Spitzenverbände seit Dezember 2025 im Geheimen ausgearbeitet haben. Das umfassende Schriftstück trägt den Titel „Effizienter Ressourceneinsatz bei Leistungsgesetzen“ und listet mehr als 70 Sparmaßnahmen auf – mit einem Gesamtvolumen von über 8,6 Milliarden Euro im gesamten Sozialbereich.

Die Regierungskoalition arbeitet mit Feuereifer an der Demontage des Sozialstaats. Bürgergeld, Gesundheit, Rente – die schon vorgenommenen beziehungsweise in Planung befindlichen sogenannten Reformen rütteln an den Grundfesten des Systems der gesellschaftlichen Daseinsvorsorge.

Die Kommunen sind am Limit, sie klagen schon lange und immer lauter, dass per Bundesgesetz aus Berlin Leistungen bestellt werden, die dann durch sie ohne entsprechende Kompensation umgesetzt und bezahlt werden müssen. Das betrifft insbesondere Ausgaben für die Kinder- und Jugendhilfe, die Eingliederungshilfe, Hilfen zur Pflege sowie für die Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen – gerade auch derjenigen, die seit 2022 in großer Zahl aus der Ukraine nach Deutschland gekommen sind. Das Statistische Bundesamt spricht von einem Rekorddefizit von knapp 32 Milliarden Euro für das Jahr 2025.

Also wird mobil gemacht für eine Agenda 2035; für ein höheres Renteneintrittsalter, um die arbeitenden Menschen länger ausbeuten zu können; für eine halsbrecherische Gesundheitsreform, um die Lohnkosten zu senken und nebenbei aus der Privatisierung der Vorsorge Profit zu schlagen; für mehr Konsum- und weniger Konzernbesteuerung, um auch bei der Finanzierung des Gemeinwesens durch den Staat Reichtum von unten nach oben umverteilen zu lassen.

Sie wollen den Sozialkahlschlag. Und ich prophezeie, mit einer solchen Politik können die Missstände nicht bekämpft werden, die sich einerseits aus der verschärften Konkurrenz weltweit, andererseits aus jahrzehntelangen Fehlinvestitionen in überkommene Produktionszweige ergeben.

Die Menschen werden in die Verarmung getrieben in der Hoffnung, dadurch die Industrie ankurbeln zu können, um weiterhin in der 1. Liga mitspielen zu können.

Wir erleben epochale Umbrüche in der Arbeitswelt, der Klimakollaps zeichnet sich ab. Enorme Transformationsprozesse laufen unter kapitalistischen Bedingungen ab und führen zur weiteren sozialen Polarisierung.

Die Transformation im Interesse der Beschäftigten droht auf der Strecke zu bleiben: Im Saarland sank die industrielle Wertschöpfung seit 2014 um 20 Prozent, mehr als 15.000 Industriearbeitsplätze, davon allein 5.000 im Jahr 2025, wurden seither abgebaut. Die Automobilproduktion bei Ford in Saarlouis ist eingestellt. Bei Bosch in Homburg gehen in den nächsten Jahren ca. 1.000 Arbeitsplätze verloren. Bei Voith in St. Ingbert ist eine ganze Belegschaft in eine Beschäftigungsgesellschaft übergegangen. Weitere massive Arbeitsplatzverluste, insbesondere bei den Automobilzulieferern, drohen. Wir erleben gleichzeitig das Scheitern geplanter Ansiedlungen. Nach der Batteriefabrik SV Volt, Halbleiterfabrik Wolfspeed, ist auch der geplante Bau einer Bat-

teriefabrik in unserer strukturschwachen Nachbarschaft der Westpfalz gescheitert.

Genauso gescheitert sind die Vorhaben zweier Unternehmen, Elektrolyseure zur Produktion von Wasserstoff im Saarland zu errichten. Der erfolgreiche Umbau der Stahlindustrie scheint nicht zuletzt durch Entscheidungen der EU-Kommission gefährdet.

Von Investitionen in gesellschaftlich notwendige Bereiche wie die Produktion von Massenverkehrsmitteln wie Busse und Bahnen ist nichts zu erkennen. Ebenso wenig sind Fortschritte bei der Aufwertung der Beschäftigten von Dienstleistungs- und Gesundheitsberufen zu verzeichnen. Der Rückstand bei Bezahlung und Arbeitsbedingungen in diesen Bereichen wird nicht signifikant geringer. Es besteht ein gewaltiger Rückstau bei Krankenhäusern und KITAS in den ÖPNV und bei den Kommunen. Der Konflikt zwischen Kapital und Arbeit spitzt sich zu.

Gleichzeitig haben wir es mit fundamentalen geopolitischen Veränderungen zu tun. Wir nennen das Vielfachkrise und wir sehen, wie einzelne Krisenerscheinungen ineinandergreifen und sich verstärken.

Was muss man in einer solchen Situation tun?

Die, die das Sagen haben, setzen auf militärische Stärke. Nun weiß ich wohl, dass viele von uns in Sorge vor Krieg durchaus für eine Stärkung der Verteidigungskraft Deutschlands eintreten. Ich will das heute hier auch nicht zum Thema durch die Hintertür machen. Aber lasst mich schon einmal festhalten, wenn jede Aggression unseres atlantischen Freundes Trump mitgetragen wird, dann darf man sich nicht wundern, wenn die Einschläge immer näher kommen.

Wir erleben eine Hochrüstung, wie wir sie in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland noch nicht gesehen haben. 100 Milliarden Sondervermögen, dann 2 % des BIP, jetzt ist es das Ziel, die Vorgabe von Trump und NATO bis 2035, 5 % des BIP für Militärausgaben auszugeben, vorzeitig umzusetzen. Das bedeutet, dass annähernd 50 Prozent des Haushaltes für Militärausgaben verwendet werden.

Rund 2,5 Billionen Euro haben die Staaten im vergangenen Jahr für Verteidigung ausgegeben. Das sei ein neuer Höchststand – und das elfte Jahr in Folge mit einem Anstieg. Welche Summen seit Januar weltweit für Kriege und Kriegsvorbereitung verschwendet wurden, ist noch nicht erfasst – es dürfte eine Menge sein. Allein in den ersten sechs Tagen des Angriffs auf den Iran hat das US-Militär laut eigenen Angaben mehr als elf Milliarden US-Dollar verfeuert.

Die USA sind für rund 33 Prozent davon verantwortlich. Insgesamt entfällt mehr als die Hälfte der Rüstungsausgaben auf die Top 3 der Liste, hinter den USA sind das die Volksrepublik China und die Russische Föderation. Aber schon auf dem 4. Platz steht die Bundesrepublik. Mit rund 114 Milliarden US-Dollar Militärausgaben lag die BRD damit noch vor Indien (Platz 5), einem Land mit einer Millionenarmee, und auch vor der kriegführenden Ukraine (Platz 7).

Der Haushaltentwurf für 2027 beinhaltet die größte Aufrüstung seit 1945, der offizielle Militärhaushalt soll von 100,9 Milliarden 2030 auf 179,9 Milliarden Euro steigen.

Gestattet mal eine Überlegung aus dem Bereich des Gesundheitswesens.

Ich habe am Samstag gegen die Militärübung SAAR EX

protestiert. Geübt wurde die Triage und Versorgung massenhafter Kriegsverwundeter durch Schusswunden, Granatsplitter und Brandverletzungen, die Übergabe und Weiterleitung in die Krankenhäuser.

Die Planungen sprechen von 1.000 Verwundeten pro Tag, die versorgt werden sollen. Natürlich bleiben dann keine Kapazitäten für die normale gesundheitliche Versorgung, die schon jetzt an ihre Grenzen stößt.

Wir brauchen kein Gesundheitswesen, das kriegstüchtig gemacht wird. Wir wollen keine Saar, die ex geht. Wir wollen Gesundheit für uns alle.

Während unsere Region zur Kulisse für militärische Machtspiele wird, brennt es an anderer Stelle lichterloh: In unseren Krankenhäusern und Pflegeheimen. Die Übung „Saar Ex“ verdeutlicht die falschen Prioritäten der aktuellen Politik. Während Milliarden in die „Kriegstüchtigkeit“ und teure Manöver fließen, wird unser Gesundheitssystem kaputtgespart. Klinikschließungen, Personalmangel und Medikamentenengpässe und mangelnde Vorsorge gefährden unsere Sicherheit schon heute.

Die aktuellen Sparpläne zur GKV betreffen nahezu alle Bereiche des Gesundheitssystems. Für gesetzlich Versicherte bedeuten sie vor allem: höhere Zuzahlungen bei Medikamenten und einiges mehr. Aber es ist viel mehr. Sie wollen 16,3 Milliarden bei der GKV einsparen. Die Last sollen Versicherte und Beschäftigte im Gesundheitswesen tragen. Das ist im besonderen Maße eine Kampfansage an die Beschäftigten im Gesundheitswesen, an das Personal in den Krankenhäusern, Reha-Kliniken, psychiatrischen Einrichtungen und in der ambulanten Pflege, sie sind nicht nur als Versicherte betroffen: Die Löhne sollen gedrückt und die Arbeitsbedingungen verschlechtert werden.

Jeder Euro kann nur einmal ausgegeben werden. Das zeigt sich gerade ganz aktuell in den Sparplänen der Bundesregierung für die gesetzliche Krankenversicherung. Für unsere Gesundheit fehlt es am Geld, während gleichzeitig Deutschland seine Verteidigungsausgaben massiv erhöht und mittlerweile zu den Ländern mit den weltweit höchsten Militärausgaben zählt. In Zukunft will man fast jeden zweiten Euro des Bundeshaushaltes für die Aufrüstung ausgeben, wenn der Rüstungsetat auf 5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts gesteigert wird. Die horrenden Kosten für die Militarisierung des Saarlandes fehlen bei der Sanierung unserer maroden Kliniken und für eine angemessene Bezahlung im Gesundheitssektor.

Zur enormen Aufrüstung kommt die hemmungslose Umverteilung von unten nach oben. Die Folge ist der Ruin des Sozialstaates.

Öffentliche Diskussionen über die faulen Arbeitnehmer, Streichung von Feiertagen, das Schleifen der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Lifestyle-Teilzeitarbeit, die Koalitionsvereinbarung zur Abschaffung des acht-Stunden-Tages, die Vorbereitungen zu Einschränkungen des Streikrechtes. Die Abschaffung des Bürgergeldes und Verschärfung der Sanktionen geben einen Vorgeschmack darauf, dass es dieses Mal um die Grundfesten sozialer und gewerkschaftlicher Erungenschaften geht.

Und jetzt zu einer Frage, die uns Seniorinnen und Senioren besonders bewegt: unsere Rente.

Zum aktuellen Stand nur drei Fakten:

1. Das gesetzliche Rentenniveau liegt, wenn es denn dabei bleibt, bei 48 %, also weniger als die Hälfte des Durchschnittseinkommens.
2. Schon heute ist jede fünfte Person ab 65 Jahren von Altersarmut betroffen. Tendenz steigend.
3. Frauen bekommen rund 30 % weniger Rente als Männer.

So die Realität heute. Und wer heute jung ist, wird davon

besonders betroffen sein. Den jungen Menschen wird gerne unterstellt, sie wollten nicht für die ältere Generation zahlen. Und die Jüngeren bei der CDU schwafeln von einem Generationenkonflikt. Aber das ist ein künstlich erzeugter Konflikt, dieses Geschwafel ist konstruiert. Rente mit 70 spaltet nicht Jung und Alt, sondern dient Arbeitgebern und Reichen. Die wirkliche Frage ist: Wer zahlt? Statt Angst und Spaltung brauchen wir eine Debatte, die sich an Fakten orientiert. Das rufen wir besonders laut der Wirtschaftsministerin Reiche zu, wenn sie meint unsere Lebensleiste gering schätzen zu können.

Die gesetzliche Rentenversicherung ist ein Umlagesystem. Sie funktioniert seit Jahrzehnten und gemeinsam wollen wir mit den Jungen diskutieren, wie ein solidarisches System auszusehen hat.

Was sich verändert hat, ist nicht Solidarität – sondern Verteilung und Militarisierung. Wir haben enorme Vermögenszuwächse in Deutschland. Wir haben wachsende Ungleichheit. Wenn Geld für Aufrüstung, Bankenrettungen, für Subventionen oder für Krisenbewältigung mobilisiert werden kann, dann kann es auch für eine stabile gesetzliche Rente mobilisiert werden.

Die Rente ist kein Kampf zwischen Jung und Alt. Mehr Kinder retten auch keine Rentenkasse. Das Problem liegt in der jahrzehntelangen Entkoppelung der Löhne vom wirtschaftlichen Wachstum. Ökonomischer Sachverstand, wo bist du? Generationen-Bashing nicht mit uns.

Die Finanzierung der Renten, das ist weniger ein ökonomisches, sondern ein politisches Problem. Der Staatssekretär unter Hubertus Heil und Mathematiker Dr. Rolf Schmachtenberg werfen einen datenbasierten Blick über die Landesgrenzen und demaskieren das Narrativ vom unaufhaltsamen Bankrott des Systems als eine einseitige Fehlinterpretation. Er verdeutlicht, dass bei der Altersvorsorge und -versorgung Deutschland die „Rote Laterne“ unter den Gründungsstaaten der Europäischen Gemeinschaft trägt. Im Alterssicherungsleitindex, der die eingesetzten Mittel in Prozent des BIP in einem Verhältnis zum Anteil der älteren Bevölkerung in Prozent der Gesamtbevölkerung setzt, liegt Deutschland hinter Frankreich, Italien, den Niederlanden, Belgien und Luxemburg.

Wir haben geschuffet und geackert. Jahrzehntlang – und trotzdem landen viele von uns Alten in der Armutsfalle. Und es soll schlimmer werden.

Ex-BlackRock-Lobbyist und Multimillionär Friedrich Merz will, dass Bürger, die ihr Leben lang gearbeitet und Beiträge gezahlt haben, künftig nur noch eine „Basisabsicherung“ bekommen. Stattdessen sollen die Menschen bitte schön privat vorsorgen. Wie abgehoben kann man sein?

Mit welchem Geld sollen die vielen Beschäftigten, die wegen der verfehlten Politik der Bundesregierung immer weniger im Portemonnaie haben, bitte private Vorsorge betreiben? Anders als Kanzler und Minister können sich normale Bürger schließlich nicht mal eben selbst einen Gehaltsbonus genehmigen.

Ein Alter ohne leistungsfähige Rente bedeutet Flaschensammeln. Schon jetzt ist jede fünfte Person über 65 arbeitsgefährdet. Von denen wiederum sind immer mehr trotz Ruhestand erwerbstätig – oft, weil sie sonst nicht über die Runden kommen.

Jede Ankündigung von Kürzungen ist ferner ein Brandbeschleuniger für die Demokratie. Auch das sei einmal deutlich ausgesprochen.

Statt die gesetzliche Rente zu schreddern und die Menschen finanziell immer schlechter zu stellen, sollte sich Merz ein Beispiel an unserem Nachbarland Österreich nehmen. Dort liegen im Schnitt 800 Euro höher als bei uns!

Die schwarz-rote Koalition arbeitet an einer sogenannten Reform der gesetzlichen Rentenversicherung. Natürlich ohne Gewerkschaft. Wir erwarten ihre Vorschläge nächsten Monat.

Ich befürchte, dass die Kommission nicht als Reformkommission, wie offiziell angekündigt, sondern als Kürzungskommission arbeitet. Soweit ich sehe, wird dort vor allem diskutiert, wie Leistungen reduziert werden können, um Beitragsätze zu bremsen oder zu senken. Verteilungspolitisch liefe das auf eine Entlastung der Arbeitgeber hinaus, weil die paritätische Finanzierung bedeutet, dass sie die Hälfte der Beiträge tragen. Für Beschäftigte dagegen bedeutet es zusätzliche Belastungen – es sei denn, sie akzeptieren die Sicherungslücken, die mit niedrigeren Renten einhergehen. Da wird einiges vorgeschlagen werden, was unsere Lage weiter verschlechtern wird. Man will das Renteneintrittsalter von 67 auf 70 Jahre anheben. Wohl wissend, dass etwa ein Viertel der Männer vor dem 67. Lebensjahr stirbt. Mehr noch: Menschen mit niedrigen Einkommen haben eine bis zu zehn Jahre geringere Lebenserwartung. Besonders betroffen: Beschäftigte in körperlich schweren Berufen.

Fakt ist:

Ein höheres Rentenalter ist eine Rentenkürzung.

Welche Ideen haben nun die uns Regierenden?

Friedrich Merz will die Rentenhöhe stärker an die Lebensarbeitszeit binden, Lars Klingbeil an die Zahl der Beitragsjahre koppeln. Wirtschaftsministerin Katherina Reiche behauptete im September, „dass wir angesichts einer höheren Lebenserwartung länger arbeiten müssen“. Die Rente muss runter, und dafür wird gelogen wie im Krieg: Angeblich leben die Leute immer länger und fressen allein dadurch die Rentenversicherung auf.

Stimmt nicht, antwortet nun die Bundesregierung auf eine Anfrage einer Linken-Bundestagsabgeordneten. Das gesetzliche Rentenalter steigt bis 2030 auf 67 Jahre, aber die Lebenserwartung für ältere Menschen liegt heute nicht höher als 2014. Selbsternannte Rentenexperten fantasieren sich seit Jahren die Erzählung zusammen, dass die Lebenserwartung immer weiter steigt und die Menschen viel zu früh in Rente gehen. Den Angaben nach hatten 65-Jährige zuletzt Aussicht auf weitere 19,4 Lebensjahre, das liegt auf demselben Niveau wie zehn Jahre zuvor. Das Renteneintrittsalter ist aber im Vergleich zu 2014 bereits um ein Jahr vorgerückt, der tatsächliche Renteneintritt um 1,3 Jahre.

Dabei unterscheidet sich die Lebenserwartung regional deutlich. So hatten 65-jährige Frauen in Baden-Württemberg im Jahr 2024 noch eine Lebenserwartung von 21,5 Jahren, im Saarland waren es mit 20,2 Jahren deutlich weniger.

Hinter den regionalen Unterschieden verbergen sich soziale Unterschiede. Es ist der Wissenschaft schon länger bekannt, dass niedrige Einkommen und ein niedriger Bildungsstand sowie schlechte Arbeitsbedingungen und eine schlechte Wohnsituation die Gesundheit und damit auch die Lebenserwartung erheblich beeinflussen. Daher ist zu erwarten, dass eine weitere Erhöhung des Rentenalters, wie von Kapitalverbänden gefordert und von der Regierung geplant, die Schieflage weiter verschärfen wird.

Dies wird durch eine aktuelle Studie an der Universität Mannheim und der Universität Barcelona untermauert. Bereits ein um ein Jahr verschobener Renteneintritt erhöht das Sterberisiko im Alter zwischen 60 und 69 Jahren um 4,2 Prozentpunkte. Betroffen sind vor allem Beschäftigte in Berufen mit hoher körperlicher Belastung, vielen Arbeitsunfällen oder starkem psychischen und sozialen Stress, so die Studie. Besonders kritisch ist aus Sicht der Wissenschaftler, dass Menschen, denen Erfolgserlebnisse und Anerkennung

im Job fehlen, durch den späten Ruhestand stärker gefährdet sind. Begleitende Untersuchungen zeigen, dass die Anhebung des Renteneintrittsalters auch zu einer Verschlechterung des Gesundheitszustands bei den Betroffenen führt. Das betrifft sowohl psychische Erkrankungen wie Stimmungsstörungen als auch körperliche Leiden wie Übergewicht, Arthrose und Rückenprobleme. Zusammengefasst: Jede weitere Verlängerung der Lebensarbeitszeit hat einen signifikanten Einfluss auf den Gesundheitszustand und damit auch auf die Mortalitätsraten der Betroffenen. Ob diese Erkenntnis zu einem Umdenken im neoliberalen Lager führt, darf bezweifelt werden.

Auch der Vizekanzler Lars Klingbeil spricht über die angebliche Notwendigkeit, Opfer zu bringen. Er spricht von mehr Arbeiten, aber nicht so viel in Teilzeit, Renten kürzen durch höheres Eintrittsalter und Koppelung an Beitragsjahre, Ehegattensplitting weg usw. Ich kann nicht erkennen, dass damit auch nur ein Problem in Deutschland gelöst würde, es soll den normalen Bürgern zusätzlich tief ins Portemonnaie gegriffen werden.

Das Netto-Rentenniveau vor Steuern des sogenannten Eckrentners lag im Jahr 2000 noch bei 52,9 Prozent des Durchschnittsentgeltes - und auch das nur nach 45 Versicherungsjahren, was die meisten nicht erreichen. Das Niveau wurde bis 2015 auf 48 Prozent abgesenkt, selbst dieser Wert ist hart umkämpft und nur bis 2031 garantiert. Und viele Neu-Rentner erreichen nominal noch geringere Renten, da Zeiten der Arbeitslosigkeit die Ansprüche ja reduzieren. Bei Bezugszeiten von ALG II entstehen sogar keinerlei Rentenansprüche.

Viele Beschäftigte - vor allem solche, die Tätigkeiten mit geringen Qualifikationsanforderungen nachgehen - sind zusätzlich hoher Arbeitsbelastung ausgesetzt. Deshalb müssen sie in aller Regel vorzeitig mit hohen Altersabschlägen in Rente gehen.

Ein Teil der Rentner:innen hat zwar neben der gesetzlichen Rente noch weitere Alterseinkünfte durch betriebliche Altersversorgung, private Vorsorge oder Immobilienbesitz. Aber zwei Drittel der ehemals abhängig Beschäftigten bezogen 2015 ausschließlich die gesetzliche Rente. Zusatzeinkommen erhalten vor allem Rentner:innen, die davor in Branchen mit eher guten und stabilen Einkommen beschäftigt waren und zusätzlich zu ihren höheren Rentenansprüchen teilweise auch privat vorsorgen konnten.

Die Unterschiede in den Arbeitseinkommen vergrößern sich also im Rentenalter noch einmal. Die Armutsgefährdungsquote - gezählt werden die Haushaltseinkommen unter 60 Prozent des Medianeinkommens - bei über 65-Jährigen steigt deshalb: Sie lag 2005 noch bei 11 Prozent, stieg sie bis 2023 auf 18 Prozent bei Männern und auf 21,5 Prozent bei Frauen und liegt damit über dem Gesamtdurchschnitt von 16,6 Prozent.

Es ist doch nicht zu fassen: Immer mehr Menschen über 65 Jahren müssen arbeiten, weil ihnen die Rente nicht mehr zum Leben reicht. Heute sind 46 Prozent mehr Senioren erwerbstätig als vor fünf Jahren. Es darf doch nicht sein, dass immer mehr Rentner zum Weiterarbeiten gezwungen werden, weil die gesetzliche Rente kaum noch das Auskommen sichert. Wir brauchen in der Rente dringend einen Systemwechsel.

Der Statistiker Gerhard Mackenroth hatte bereits 1952 die so einleuchtende wie einfache These aufgestellt, „dass aller Sozialaufwand immer aus dem Volkseinkommen der laufenden Periode gedeckt werden muss. [...] Volkswirtschaftlich gibt es immer nur ein Umlageverfahren.“ Das trifft auch auf die sogenannte Kapitaldeckung zu. Mit Finanzprodukten können wir keine Rentenprobleme lösen. Die Kapitaldeckung ist genauso mit der Notwendigkeit einer

Produktivitätssteigerung konfrontiert wie das gesetzliche Umlageverfahren. Kapitaldeckung bedeutet zudem große Unsicherheit über die Höhe meiner Rente und sie bedeutet Destabilisierung der Finanzmärkte.

Auch mit dem Geld einer kapitalgedeckten Rente kann ich nur kaufen, was im Augenblick meiner Rente von anderen produziert wird. Das Geld aus meinem Aktiendepot hilft nichts, wenn der Bäcker kein Brot backt.

Es ist gut, dass sich Wohlfahrtsverbände und Gewerkschaften gegen Sozialkahlschläger aus Politik und Wirtschaft zusammengeschlossen haben. 14 Organisationen wollen um den Sozialstaat kämpfen. Zusammen repräsentieren die Mitstreiter über 20 Millionen Mitglieder, Beschäftigte, ehrenamtlich Aktive und Ratsuchende, also rund ein Viertel der Bevölkerung. „Der Sozialstaat ist die beste Idee, die wir je hatten“, äußerte sich DGB-Vorstandsmitglied Anja Piel. Das Gros der Menschen im Land sieht das genauso, wie eine Umfrage eines Meinungsforschungsinstituts belegt. 79 Prozent stimmten demnach der Aussage zu, dass ein leistungsfähiger Sozialstaat den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärkt, 73 Prozent sprachen sich dafür aus, Reiche und Wohlhabende steuerlich stärker zu belasten. 95 Prozent plädierten für eine menschenwürdige stationäre und ambulante Versorgung, die niemanden finanziell überfordert. Ferner wären 55 Prozent der Befragten bereit, für eine auskömmliche Alterssicherung höhere Beiträge zu zahlen. 77 Prozent wünschen sich eine strikte Gleichbehandlung von gesetzlich und privat Versicherten.

Hans-Jürgen Urban von der IG Metall kritisierte, dass sich die sogenannten Arbeitgeber aus der Verantwortung stehlen wollen. „Sie wittern eine gute Gelegenheit, um Kosten zu senken und Schutzregeln für Arbeitnehmer loszuwerden.“

Die kollektive Absicherung von Risiken wie Arbeitslosigkeit, Pflegebedürftigkeit oder Erwerbsminderung ist volkswirtschaftlich sinnvoll und die einzige Alternative zu einer Gesellschaft, in der Vermögen und Möglichkeiten einer privaten Vorsorge immer ungleicher verteilt sind.

Die Tatsache, dass die Rente nicht von den Schwankungen des deregulierten Kapitalmarktes abhängt, sondern direkt aus den Beiträgen der arbeitenden Bevölkerung finanziert wird, ist gerade in Krisenzeiten kein Fluch, sondern ein Segen.

Wer eine starke gesetzliche Rente nachhaltig sichern will, muss endlich die brachliegenden Potentiale des Arbeitsmarktes heben, etwa durch bessere Beschäftigung und höhere Löhne.

Außerdem sollten hohe Vermögen und Erbschaften stärker an der Finanzierung gesamtgesellschaftlicher Aufgaben beteiligt werden, statt die Last nur allein den Beschäftigten aufzubürden.

Zum Thema Rente wird leider sehr viel ideologischer Unsinn verbreitet.

Zum Mitschreiben:

Der Anteil der Rentenausgaben am Sozialprodukt ist heute sogar niedriger als vor 20 Jahren. Wir haben keine davon galoppierenden Kosten in der Rente.

Es gibt keinen Generationenkonflikt. Es geht durchaus nicht nur um unsere Rente, sondern besonders um die Rente der zukünftigen Rentnerinnen und Rentner. Auf die Frage, wärest du dazu bereit, höhere Rentenbeiträge zu bezahlen, wenn sich dadurch deine Rente im Alter erhöht, antworteten in der genannten Befragung über 60 % der jungen Menschen zwischen 18 und 29 Jahren mit „Ja“.

Lassen wir das Märchen vom "aufgeblähten Sozialstaat" nicht unwidersprochen. Der Sozialstaat ist kein Hindernis für Wohlstand. Er ist eine seiner Grundlagen.

Deswegen haben wir z.B. im ver.di Ortsverein Saar-Blies

verschiedene Veranstaltungen zum Sozialstaat durchgeführt, zur Situation in den Krankenhäusern, zur GKV und zur Rente und wir beraten uns monatlich jeden zweiten Donnerstag im Monat, wie wir in die Auseinandersetzung eingreifen können. Und wir erlauben uns auch, auf den Zusammenhang zwischen Aufrüstung und Sozialabbau hinzuweisen. Ich lade euch alle herzlich ein, zu den Treffen und Aktionen zu kommen und mitzumachen. Es geht uns schließlich alle an.

Und es ist richtig und gut, wenn unser Bezirksvorstand die Initiative für ein Bündnis zur Sozialstaatsdebatte „Kommen am Limit - Demokratie am Abgrund“ schmiedet und zur Aktion ruft. Eine Demonstration wird für den Herbst geplant. Kolleginnen und Kollegen,

es ist an der Zeit, sich zu bewegen. Der Aufstand und nicht die Ruhe sei unser Stand.

Lassen wir uns nicht ins Abseits stellen.

Verteidigen wir unseren Standard, den unsere Vorfahren und wir erkämpft haben.

Und stürmen wir nach vorne. Jung und Alt gemeinsam! Glückauf!